nisse berechnet, die heute nicht mehr existierten; als er entstand, sei um Dresden herum nichts als Landwirtschaft gewesen, es sei dabei viel Vieh über die Brücke getrieben worden. Wenn gehe jetzt wohl ein Schaf oder ein Esel darüber. (Große Heiterkeit.) Es handle sich auch jetzt noch gar nicht darum, den Bau überhaupt, sondern nur das vom Tiefbauamte ausgearbeitete und vom Königl. Finanzministerium gutgeheißene Projekt zu genehmigen. Für die Stadt sei es maßgebend, daß, wenn der Brückenbau bald geschehen soll, eine finanzielle Unterstützung und Zuschuß des Staates notwendig ist, ferner, daß der Stadtverwaltung die Erhebung des Brückenzolles auch fernerhin seitens des Staates garantiert wird. St.-V. Professor Scheffler legt ein von dem Baurat Fritzsche ausgearbeitetes Projekt vor, dessen Vorteile in verkürzter Bauzeit, Teilung der Brücke vor dem Blockhause an Neustädter Seite in eine östliche und westliche Fahrbahn, Heraushebung des Theater- und Schloßplatzes und Erbauung der Brücke nicht in Teilen, sondern analog der zur Entlastung der Marienbrücke erbauten Eisenbahnbrücke im ganzen und unterhalb der jetzigen Augustusbrücke bestehen sollen. Stadtbaurat Oberbaurat Klette: Alle Schiffer, welche die Augustusbrücke durchfahren, befänden sich hinter ihr geradezu in einem steuerlosen Zustande. Es sei also das dringend Notwendigste, daß die alte Brücke, die im Verkehr der Schiffahrt störend liegt, beseitigt und durch einen Interimsbau ersetzt wird. Auch dürfte unterhalb der alten Brücke das Errichten einer neuen wegen des viel zu losen Untergrundes auf Schwierigkeiten stoßen. Da niemand weiter das Wort begehrte, wurde die Debatte geschlossen und das Gutachten der vereinigten Ausschüsse vorbehältlich einiger redaktioneller Aenderungen vom Kollegium einstimmig angenommen. Auch nahm dasselbe die abgeänderten Ausschreibungsbedingungen debattelos an. Darnach soll die teilweise Heraushebung des zwischen der Brücke und dem Hotel Bellevue, dem Theaterplatze und der Uferstraße gelegenen Raumes (Helbigs) oder seine teilweise Absenkung nicht ausgeschlossen sein und die Hauptwache ihre Hauptfront nach dem Theaterplatze erhalten. Ein neu zu errichtendes Ersatz-Restaurant für „Helbigs" darf sich über den Theaterplatz im Allgemeinen nur in Erdgeschoßhöhe erheben. Werden im Zusammenhange mit der Planung Aenderungen in der Architektur der Brücke für wünschenswert oder für erforderlich erachtet, so ist es unbenommen, entsprechende Vorschläge zu machen. Vorläufig besteht die Absicht, die von Pöppelmann herrührende Architektur des oberen Brückenteiles von dem alten Bauwerke auf das neue zu übertragen. Der nach Ansicht des Preisgerichtes beste Entwurf wird mit einem Preise von 2000 Mark ausgezeichnet; der Rest des Berechnungsgeldes von 10 000 Mark aber den Preisrichtern zur Auszeichnung weiterer guter Entwürfe zur Verfügung gehalten. Hiermit wird dieser Gegenstand verlassen. — Auf einen Antrag der Stadtverordneten auf Fassung des Prohliser Landgrabens in eine Schleuse, teilt der Rat mit, daß er hiervon wegen zu hoher Kosten zur Zeit absieht. Ein Schreiben der Herren Richard Saupe und Genossen, um Asphaltierung des zwischen dem Lutherplatze und der Louisen-Straße gelegenen oberen Teiles der Martin Luther-Straße, oder dessen Belegung mit Holzpflaster, wird mit dem Ersuchen nochmaliger Prüfung an den Rat abgegeben. Ein Gesuch von Grundstücksbesitzern an der Königstraße, um deren Asphaltierung, wird vom Rate dahin beantwortet, daß hierfür bereits 40 000 Mark in den Haushaltplan des Tiefbauamtes eingestellt worden sind. Der Rat teilt mit, daß betr. der Beschwerde der Herren Korschatz und Genossen über die Prostitution in der Gerbergasse Erörterungen angestellt worden sind. Diese haben ergeben, daß von den dort stehenden 32 Häusern 11 zum Bewohnen von Prostituierten eingerichtet sind. Sie stehen unter sittenpolizeilicher Kontrole. Der Geschäftsverkehr in dieser Straße sei nicht so groß, als er geschildert worden sei, Wahrnehmungen in der Richtung, daß Frauen und Mädchen in dieser Gasse belästigt würden, seien nicht gemacht worden. Belästigungen im Allgemeinen müßten zugegeben werden, jedoch fehle es an der gesetzlichen Handhabe, gegen diese Häuser einzuschreiten. Die Beschwerde sei der Königl. Polizeidirektion zur Kenntnisnahme übergeben worden mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß zum mindesten die Fenster sorgsam verhängt würden. — Der Annahme eines Vermächtnisses von 10 000 Mark, welches Herr Oberst z. D. Lauterbach hier in Beachtung eines von seiner verstorbenen Gemahlin letztwillig geäußerten Wunsches der Stadtgemeinde zur Unterstützung Armer ausgesetzt hat, wird unter dem Ausdrucke des Dankes gegen die Erblasserin und den Schenkgeber zugestimmt. — Endlich erteilt das Kollegium seine Zustimmung, daß im Jahre 1903 für die Stadtgemeinde 293 500 Mark an Bürger- und Einwohnersteuer, 508 000 Mark an Grundsteuer und 3 621 000 Mark an Gemeinde-Einkommensteuer nach 60 Prozent der bisherigen Jahressätze der Staatseinkommensteuer, sowie für die Schulgemeinde 479 100 Mark an Grundsteuer und 2 240 500 Mark an Schuleinkommensteuer nach 40 Proz. der bisherigen Jahressätze der Staatseinkommensteuer erhoben werden. Schluß der Sitzung 9 Uhr 10 Minuten. Hierauf geheime Sitzung.

— Von dem am 1. Oktober 1900 verstorbenen Herrn Pastor em. Pöge und seiner am 3. Januar 1903 verstorbenen Frau sind 3000 Mark dem Verein „Asyl für obdachlose Männer, Volksbäder für Männer und Frauen" als Vermächtnis ausgesetzt worden.

— Im Königlichen Kunstgewerbemuseum ist bis mit 27. d. M. die bereits erwähnte Kassette ausgestellt, die für Ihre Majestät die Königin-Witwe, unter Verwendung von etwa 600 Paaren der prächtigsten Hirschhaken, von dem Hoflieferanten Eduard Pachtmann, Pragerstraße 11, hergestellt worden ist.

— Die von der preußischen Staatsbahnverwaltung für kommenden Sommerfahrplan ins Auge gefaßten neuen Nachtschnellzüge ab Berlin Anh.Bahnh. abends 9,0 Uhr, ab Halle 11,2 Uhr (ab Leipzig Thür. Bahnh. abends 10,25 Uhr, ab Gera 11,42 Uhr, ab Weida 11,58 Uhr, in Saalfeld nachts 12,55 Uhr), ab Saafeld 1,5 Uhr, in Nürnberg früh 4,11 Uhr, in München früh 7,12 Uhr und in der anderen Richtung ab München abends 10,10 Uhr, ab Nürnberg nachts 12,56 Uhr, in Saalfeld früh 4,13 Uhr (ab Saalfeld früh 4,19 Uhr, in Weida 5,19 Uhr, in Gera 5,35 Uhr, in Leipzig Thür. Bahnh. 6,55 Uhr), ab Saalfeld 4,17 Uhr, in Halle 6,14 Uhr, in Berlin Anh. Bahnh. vorm. 8,15 Uhr werden trotz ihrer außergewöhnlichen Beschleunigung nur als gewöhnliche Schnellzüge mit 1. bis 3. Klasse geführt. Sie werden deshalb auch voraussichtlich die Benutzung der jetzigen Nachtschnellzüge über die sächsische Route: ab Berlin Anh. Bahnh. abends 10,35 Uhr, ab Leipzig Bayrischen Bahnh. nachts 1,13 Uhr, ab Reichenbach i. V. früh 3,0 Uhr, in München vorm. 10,35 Uhr bezw. ab München abends 6,20 Uhr, in Reichenbach i. V. früh 1,48 Uhr, in Leipzig Bayr. Bahnh. früh 3,25 Uhr, in Berlin Anh. Bahnh. vorm. 6,10 Uhr beeinträchtigen. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit, auch in den Nacht-D-Zügen der Leipzig—Hofer Route nunmehr Wagen 3. Klasse gleich den neuen Nachtzügen über Halle—Saalfeld zu führen und es ist daher in Aussicht genommen, in vorerwähnten Schnellzügen zwischen Berlin und München Wagen 1. bis 3. Klasse laufen zu lassen. In Verbindung hiermit werden auch dem künftig abends 11,40 Uhr von Dresden Hauptbahnhof, nachts 1,22 Uhr von Chemnitz abgehenden D-Schnellzug nach Reichenbach Wagen 3. Klasse beigegeben und damit zugleich einem mehrfach laut gewordenen Wunsche entsprochen. Die Neuerung ist um so wertvoller, als sich dadurch nunmehr nicht allein eine weitere Verbindung mit 3. Klasse aus Sachsen nach München, sondern auch eine solche nach Stuttgart, Friedrichshafen und der Schweiz ergibt. Schließlich sei hierbei noch darauf hingewiesen, daß der jetzt 8,40 Uhr vorm. (künftig schon 8,25 Uhr) von Berlin abfahrende Schnellzug im Sommerfahrplane auch einen von Berlin bis München durchlaufenden Wagen 3. Klasse erhalten wird. Das bisher nötig gewesene Umsteigen von Berlin her kommt damit in Wegfall, gewiß zur Genugtuung der unserer Leipzig—Hofer Linie treu gebliebenen Reisenden.

— Das Londoner Auswärtige Amt ließ den englischen Zeitungen einen langen Bericht des Dresdner Gesandten zugehen, der die Einzelheiten über die hiesige Städte-Ausstellung enthält, die am 20. Mai eröffnet werden soll.

— Die letzten Gottesdienste in der seit dem Jahre 1890 von der Lukasgemeinde benutzten Interimskirche finden am Sonntag Lätare, den 22. März, vormittags ½9 Uhr (Abendmahlsfeier), ½10 Uhr (Hauptgottesdienst) und abends 6 Uhr (Abendgottesdienst) statt.

— In der Müller-Gelinek-Realschule fand am Donnerstage die Entlassung der Abiturienten statt. Herr Direktor Müller-Gelinek hielt die Entlassungsrede. Nach Aushändigung der Zeugnisse überreichte der Abiturient Techritz der Schule zum Andenken aus Dankbarkeit im Namen der anderen Abiturienten ein großes Bild des Kaisers.

— Die 1816 begründete Sonntagsschule hält ihre Osterprüfungen Sonntag, den 22. März, von 11 bis 1 Uhr, in der 1. Bürgerschule, Johannesstraße 18, 1., ab. Zur Auszeichnung für hervorragende Schüler besteht ein Prämienfonds.

— Zum Direktor der neuen (30.) Bezirksschule an der Windmühlenstraße, die Ostern eröffnet wird, hat der Schulausschuß den seitherigen Oberlehrer der 11. Bezirksschule, Herrn Paul Müller, gewählt.

— „Nach dem Königspark" sieht man neuerdings im ganzen Orte Loschwitz Orientierungstafeln angebracht. Vielen dürfte dieses schön, ruhig und idyllisch gelegene Plätzchen noch nicht bekannt sein. Der Verschönerungsverein „Schöne Aussicht", der sich angelegen sein läßt, die Interessen des stark in der Entwicklung befindlichen Ortsteiles zu vertreten, hat mit hohen Kosten oberhalb des kronprinzlichen Weinbergsgrundstückes, zum größten Teil auf Wachwitzer Flur, einen Park herstellen lassen. Unweit der Beerenweinschenke rechts der Friedrich August-Straße führt ein bequemer Fußweg, durch Orientierungstafeln markiert, dahin. Fern von dem Treiben und Gewühle der Großstadt findet dort ein jeder sich nach Ruhe sehnender Spaziergänger unter den hochaufragenden alten Laub- und Fichtenbeständen die gewünschte Erholung. Es sind eine große Anzahl Bänke aufgestellt.

— Sayda (Erzgeb.). Der ordnungsparteiliche Kandidat für den 20. Reichstagswahlkreis (Sayda-Olbernhau-Marienberg-Zschopau) Herr Geh. Finanzrat Dr.-Ingenieur Jencke spricht am 29. März in Lengefeld über „Die Krupschen Arbeiter-Verhältnisse".

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Zur Amtsmüdigkeit des preußischen Kriegsministers von Gosler bemerken die „Hamb. Nachr.": Wir vermuten, daß der Kriegsminister im internen Kampf mit dem Reichsschatzamt um die Bewilligung der Mittel für die Anforderungen der Heeresverwaltung müde geworden ist. Die Erfahrungen, die er kürzlich auf diesem Gebiete bei der Zurückstellung des Militärpensionsgesetzes und bezüglich der Versorgung unserer Kriegsinvaliden gemacht hat, mögen ihm die Aussicht auf glückliche Erledigung der nach Ablauf des Quinquennats angekündigten Heeresvorlagen, ohne welche er die fernere Verantwortung für die Schlagfertigkeit des Heeres nicht tragen will, getrübt haben. Wir geben zu, daß die Beurteilung der erforderlichen Mittel für Heer und Flotte bei jetziger ungünstiger Finanzlage dem Reichsschatzamt manches Kopfzerbrechen bereiten mag. Insofern aber die Sicherheit der Existenz in Frage kommt und die Pflicht der Versorgung unserer alten Krieger, dürfen finanzielle Schwierigkeiten nicht ausschlaggebend sein. Vielmehr sollten sie eine beschleunigtere Inangriffnahme der längst ersehnten Reichsfinanzreform begründen, als bisher von den maßgebenden Stellen geplant ist.

Nach dem merkwürdig schnell aufeinander gefolgten Tode der beiden Grafen Stolberg-Stolberg tritt plötzlich die Möglichkeit auf, daß auch diese alte evangelische Grafschaft an eine katholische Nebenlinie fällt. Falls dem verstorbenen Fürsten Wolffgang demnächst nachträglich kein männlicher Erbe geboren werden sollte, und falls auch die vier Prinzen ledig oder ohne männliche Nachkommen bleiben sollten, vererbt sich die evangelische Grafschaft Stolberg-Stolberg auf diese katholische Nebenlinie. Der Vater der beiden Dichter Stolberg, Graf Christian Günther, jüngster Bruder des Grafen Christoph Ludwig zu Stolberg (1669—1704) stand in dänischen Diensten; von seinen beiden Söhnen wurde der ältere, Christian, in Hamburg, der jüngere, Friedrich Leopold, in Bremstadt in Holstein geboren. Der letztere, der bekannte Romantiker und Kammerpräsident in Eutin, trat 1800 zur katholischen Kirche über und ist, abgesehen von seiner dichterischen Bedeutung, dafür noch heute im römischen Lager hoch gefeiert. Ein Enkel von ihm, Graf Hermann, soll bereits zur Zeit auf dem Fürstenschlosse zu Stolberg aus Westfalen als „Nachlaßverweser" eingetroffen sein. Man wird gut tun, die weitere Entwicklung dieser Erbfolge von jetzt ab im Auge zu behalten. Wunderlich ist, daß sich keiner der obengenannten vier Prinzen bisher verheiratet hat, obwohl der jüngste davon schon 1865 geboren ist. Der plötzliche Tod des erst 1897 verheirateten Erbprinzen Wolffgang im Parke von Rottleberode fällt daher um so schwerer ins Gewicht. Er erinnert lebhaft an die tragischen Wirkungen, welche der unerwartete Tod des jungen Herzogs Eugen von Württemberg in Düsseldorf im Januar 1877, dessen Nebenumstände damals ebenfalls viel erörtert wurden, auf das Aussterben der evangelischen Verwandtschaft geübt hat.

In Gegenwart des Oberpräsidenten Nasse, des Generaloberstenlos, der übrigen Spitzen der Behörden, vieler Erzbischöfe, Bischöfe und zahlreicher Geistlichen fand gestern vormittag im Kölner Dom die feierliche Inthronisation des Erzbischofs Dr. Fischer statt. Nach der vorgeschriebenen Zeremonie und der Verleiung der Papstbulle hielt Fischer eine Ansprache an den Klerus und dann an die Gläubigen. Er wolle ein guter Hirte sein, wie sein Vorgänger. Er ermahnte zur Pflicht, zum Glauben und zum Fernhalten vom Geiste der Welt, der entgegen dem Geiste Christi sei.

Ueber die sozialpolitische Stellung A. Krupps hat sich Geheimer Finanzrat Jencke in der Abgeordneten-Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller ausgesprochen. Er äußerte u. a.: Herr Krupp liebte es nicht, persönlich hervorzutreten, und namentlich hat er es, wo er immer konnte, vermieden, öffentlich Stellung zu den die Gegenwart bewegenden politischen und namentlich wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu nehmen. Und doch war er, auch gegen seinen Willen, eine politische Persönlichkeit im eminentesten Sinne. Dies um deswillen, weil seine Person und seine Art zu denken und zu handeln ein System, ein Programm bedeuteten, das mehr sagte und mehr bewies, als alle Doktrinen, alle Schulweisheit und alle politische Parteilehre. Ein industrieller Besitz von der Größe und der Ausdehnung, wie er dem Verstorbenen zu eigen war, und der ihn in den Stand setzte, annähernd 50 000 Arbeitern Arbeit und der ungefähr dreifachen Zahl von Menschen den Lebensunterhalt zu gewähren, kann nicht verwaltet werden, ohne daß der Besitzer mit Entschiedenheit tatsächlich Stellung zu den Problemen, insbesondere der Sozialpolitik, nimmt und diese in seinem Sinne löst und damit ein praktisches Programm schafft, das vor demjenigen der Doktrinäre und Volksbeglücker den Vorzug der gesunden Anschauungsweise, der Durchführbarkeit und des segensreichen Erfolges voraus hat. Nachweisen läßt sich dies insbesondere an der rücksichtslosen Energie, mit welcher jeder Versuch der Sozialdemokratie, in der Fabrik Fuß zu fassen, zurückgewiesen wurde. Und in dieser Beziehung war der Verstorbene, ich sage, Gott sei Dank, wie sein Vater, der mir einmal sagte, daß er die Werkstatt, in der ein Streik ausbrechen sollte, lieber in die Luft sprengen würde, als nachzugeben, unerbittlich. Und wenn die deutsche Industrie auch heute noch in ihrem größten Teile der Sozialdemokratie gegenüber den Standpunkt der absoluten Ablehnung und Unversöhnlichkeit einnimmt, so darf sie nicht vergessen, daß dieser Standpunkt erschwert, vielleicht unmöglich gemacht worden sein würde, wenn der größte, mächtigste und reichste Industrielle Deutschlands auch nur ein Titelchen von dem Grundsatze, daß der Fabrikeigentümer Herr in seinem Hause sein und bleiben müsse, preisgegeben hätte. Ich bezeuge es hiermit, daß in allen hiermit zusammenhängenden Fragen, welche für die deutsche Industrie tatsächlich Lebensfragen sind, zwischen dem Verstorbenen und seiner Verwaltung nicht nur eine stillschweigende, sondern eine ausdrückliche, in vielfachen Verhandlungen zu einem festen Entschluß gereifte Uebereinstimmung bestand. Wäre der Verstorbene ein schwacher Charakter gewesen, hätte er manchen, namentlich Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre auf ihn wirkenden starken Einflüssen gefolgt, wäre er sich weniger der auf ihm als dem ersten Arbeitgeber Deutschlands ruhenden Pflicht bewußt gewesen, in seiner Fabrik ein Bollwerk gegen das Eindringen sozialrevolutionärer Ideen zu schaffen und damit den Widerstand der ganzen deutschen Industrie zu stärken, so lag kein Grund für die Sozialdemokratie vor, ihn dermaßen zu hassen und zu verfolgen, wie sie es getan hat. Es war nicht sowohl ausschließlich die Person, welche die Sozialdemokratie mit ihrem Haß und mit ihrem Gift treffen wollte, es waren auch die Grundsätze, die Ueberzeugungen, das System, dem Friedrich Alfred Krupp in der Verwaltung seiner Fabrik, in der Behandlung seiner Arbeiter und in der Fürsorge für sie folgte, welche der Sozialdemokratie in den nächstgelegenen und dem von diesen beeinflußten Kreise Abbruch taten, und daher der blutige Haß, der auch jetzt, nachdem es ihr gelungen ist, ein Leben zu vernichten, über dem geschlossenen Grabe nicht ruht.

Die Münchner Affäre der verurteilten Stiftsoberin Elise von Heusler hat dazu geführt, daß gegen den bayerischen Minister des Innern Freiherrn von Feilitzsch lebhafte Angriffe gerichtet worden sind, weil das Maximilian-Waisenstift seiner Aufsicht unterstand. Nachdem nun Versuche unternommen worden sind, die Angelegenheit politisch gegen den Minister auszunutzen, hatte die Prinzessin Ludwig Ferdinand sich zu der öffentlichen Erklärung in der Presse entschlossen, nur sie trage die Verantwortung und die Schuld daran, daß auf ihre besondere Bitte die Oberin so lange in ihrem Amte belassen worden sei, aus welchem das Ministerium sie längst habe entfernen wollen. Auf Veranlassung von maßgebender Stelle ist diese Veröffentlichung allerdings verhindert worden, doch nimmt die Prinzessin jede Gelegenheit wahr, ihrem Inhalte mündliche Verbreitung zu verschaffen, und damit den Minister vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen.

Die im Verlage der „Freisinnigen Ztg." erschienene Broschüre „Sozialistenspiegel" enthält über den „Mauserungsprozeß" folgendes: „Auf Seiten der bürgerlichen Parteien wird mitunter es so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie in einem Mauserungsprozeß begriffen sei, der der Entwicklung zu einer radikalen Arbeiterpartei auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gleichkomme. Das ist eine vollständige Täuschung. Zunächst halten die maßgebenden Führer Bebel, Singer in aller und jeder Beziehung dasjenige aufrecht, was sie bisher vertreten haben, sowohl in bezug auf die Endziele der Sozialdemokratie als auch in bezug auf die Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Die Eroberung der politischen Macht zur Vernichtung des Privateigentums und der Privatbetriebe wird in aller Schärfe aufrecht erhalten. Die Revolution als Mittel hierzu wird in keiner Weise verworfen, sondern nur für entbehrlich erklärt, wenn man auf anderem Wege das gemeinsame Ziel erreichen könne. Der Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien hat sich in der Sozialdemokratie eher verschärft als gemildert. Die Kritik, welche Bernstein über die Grundlagen des sozialdemokratischen Programms angeregt hat, berührt die sozialdemokratischen Genossen nicht. Im Grunde genommen unterscheidet sich auch Bernstein mit seinen Anhängern von Bebel mit seinen Anhängern nur dadurch, daß er weniger temperamentvoll als Bebel für die Verwirklichung der Endziele eine längere organisatorische Vorbereitung in Genossenschaften und Gewerkschaften für erforderlich erachtet, so daß allerdings dabei die Endziele in nebelhafter Ferne erscheinen. Dies reizt Bebel zum Widerspruch, deshalb, weil es auf die Begeisterung und den Opfermut der Genossen natürlich nach jeder Richtung lähmend einwirken muß. So sagte Bebel auf dem Hannoverschen Parteitage 1899: „Eine Partei, die kämpft, will siegen, braucht Begeisterung, braucht Opferwilligkeit, und die nimmt man ihr, wenn man nach allen Richtungen hin die Schwierigkeiten aufürmt, wenn man ihr sagt: „Seid vorsichtig, seid brave und artige Kinder, daß Ihr ja nicht die lieben bürgerlichen Freunde erschreckt . . . Philosophieren, was alles für Kleinkram im Wege stehen könnte, dafür danke ich, da hätte ich lange die Flinte ins Korn geworfen. Die Freßlegende! Ei zum Teufel!" Abg. Bebel wandte sich gegen die Mauserungstheorie auch in einer sozialdemokratischen Volksversammlung im 2. Berliner Wahlkreise am 26. November 1902, indem er ausführte, auch gegenüber denjenigen, die auf liberaler Seite an die Mauserungstheorie glauben: „In den letzten Jahren sei von einigen unter uns die Theorie aufgestellt worden, die Klassengegensätze milderten sich, in den bürgerlichen Klassen gebe es Leute, die Konzessionen zu machen bereit seien. Siehe das heute schon als eine gewaltige Täuschung fest, so würden die nächsten Jahre jenen Parteigenossen noch mehr Enttäuschungen bringen. Unter den Gegnern gebe es dagegen keine, die sich über uns täuschten. Auch die, die mit uns liebäugelten, hätten in uns ihre Todfeinde zu gewärtigen." Aufgabe jedes Sozialdemokraten sei es, dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie so stark werde, daß sie sich allein genügte, wenn man ihr mit aller Macht entgegentrete, wenn sie an den Machtverhältnissen rüttle. Am 25. Januar 1899 spottete Abg. Singer im Reichstag über „Das hohe Lied" von der „Mauserung der Sozialdemokratie": „Machen Sie sich ja keine Hoffnung auf die Mauserung der Sozialdemokratie. Sie würden bittere Enttäuschung erleben. Ich kann Sie versichern, daß die Sozialdemokratie einig und geschlossen ihrem durch unser Programm bezeichneten Endziele zustrebt. Alles was die Sozialdemokratie in politischem und wirtschaftlichem Kampfe erreicht, ist nichts weiter als die Abschlagszahlung auf die Forderung, welche die heute ausgebeutete Arbeiterklasse der bürgerlichen Gesellschaft dereinst präsentieren wird." Am 3. Mai 1899 erklärte Abg. Molkenbuhr, daß die Sozialdemokratie im Reichstag immer dabei sei, jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen anzustreben, „aber nicht etwa, um dann das weiter folgende Ziel aufzugeben, sondern, wie Herr Dr. Kropatscheck ganz richtig sagte, gewissermaßen als ein Taschengeld, das wir auf dem Wege zum Endziele verzehren."

Auf der Parteikonferenz der sächsischen Sozialdemokratie zu Mittweida bemerkte der Reichstagsabgeordnete Fischer-Zittau u. a. folgendes: „Unser Einfluß ist im allgemeinen entschieden im Wachsen begriffen. Dieser Einfluß hat auch bewirkt, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky kürzlich im Reichstage zum erstenmal anerkannt hat, daß die Sozialdemokratie die Vertreterin der Arbeiterschaft ist." Wir wissen nicht, bemerkt hierzu die „Kons. Korr.", ob diese bedauerliche Anerkennung wirklich eine Folge des wachsenden sozialdemokratischen Einflusses auf die Regierung ist; aber daß „Genosse" Fischer sie in dieser Weise ausbeutet, ist nicht zu verwundern. „Genosse" Fischer schließt aus dem allen, daß die Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie von der größten Bedeutung seien und daß die sächsischen Sozialdemokraten alles aufbieten müssen, eine „den Verhältnissen entsprechende Vertretung Sachsens" im Reichstage zu sichern. Es war vorauszusehen, daß das Entgegenkommen an die Sozialdemokratie für diese nur ein Ansporn sein werde, noch kräftiger zu agitieren und in noch höherem Grade Mißtrauen und Unzufriedenheit zur Regierung und den „herrschenden Klassen" hervorzurufen.

Oesterreich. In der fortgesetzten ersten Lesung der Ausgleichsvorlage im Abgeordnetenhause erklärte Fiedler, trotzdem er die Zolltrennung nicht fürchte, weil Ungarn dabei den größeren Schaden erleiden würde, sei er doch für Beibehaltung der Einheit. Chiari erklärte, vor allem müsse mit Deutschland ein Handelsvertrag abgeschlossen werden; dann erst könnten mit anderen Staaten geordnete handelspolitische Verhältnisse geschaffen werden. Ministerpräsident von Körber erklärte, ihm erscheine der wahre, von aufrichtiger Freundschaft getragene Friede als Lebensbedürfnis beider Staaten, Oesterreichs wie Ungarns, geboten, ohne den sie vor die ernstesten Gefahren gestellt würden. Bei der Festsetzung des Zolltarifs habe die Regierung mit den Forderungen Ungarns rechnen müssen, wenn die Monarchie ein einheitliches Zollgebiet bleiben sollte. „Alle Staaten," fuhr der Ministerpräsident fort, „welche mit Deutschland in engerer handelspolitischer Beziehung stehen und bleiben wollen, mußten in irgend einer Weise vom deutschen Zolltarif Notiz nehmen, vornehmlich wir, die wir den größten Verkehr mit Deutschland haben. Wenn unsere Zolltarife beim Abschluß neuer Handelsverträge unverschritt erhalten werden, so hat die österreichische Industrie wahrlich nicht viel Grund zu klagen, aber auch der Landwirtschaft, der es zweifellos nicht gut geht, muß soviel als möglich geholfen werden, hier wie in Ungarn." Der Ministerpräsident erklärte schließlich, soweit er die handelspolitische Situation zu überblicken vermöge, trete deutlich die Absicht der Mächte, zu Handelsverträgen zu gelangen, hervor, wofür die Nichtkündigung der wichtigsten Handelsverträge spreche. Er hoffe, daß der Kräftezuwachs, den beide Staaten aus dem Ausgleich in den nächsten 10 Jahren schöpfen werden, diese soweit stärken werde, daß sie den wirtschaftlichen Kampf mit dem Auslande werden aufnehmen können. Der Ministerpräsident schloß mit der Bitte, das Haus möge bei seinen Beratungen sich von dem Grundsatze leiten lassen, das mäßig Gute anzunehmen, da Besseres nicht zu erreichen sei. (Lebhafter Beifall.)

Der Eisenbahnausschuß des Abgeordnetenhauses nahm mit allen gegen drei Stimmen einen Antrag des Subkomitees an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, Gesetzesvorlagen wegen Einlösung der Staats-Eisenbahngesellschaften und beider Netze der österreichischen Nordwestbahn baldmöglichst einzubringen. Der Ausschuß nahm ferner mit 24 gegen 16 Stimmen einen Antrag des Subkomitees an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die Kaiser Ferdinands-Nordbahn zum 1. Januar 1904 einzulösen. Schließlich wurde der Antrag angenommen, in die Verstaatlichungsaktion auch die Oesterreichische Südbahn einzubeziehen.

Bei der Ergänzungswahl zum Reichsrat in Prag-Altstadt wurde der radikale Tschecke Vaza mit 844 Stimmen gewählt. Der Jungtschecke Novak erhielt 572 Stimmen.

Ungarn. Anläßlich der Wiederaufführung des Tendenzstückes „Gott erhalte" im Ungarischen Theater in Pest kam es zu neuerlichen Demonstrationen in und außerhalb des Theaters. Die Demonstrationen waren planmäßig vorbereitet; vor dem Theater hatte sich lange vor der Vorstellung eine große Menschenmenge, zumeist Studenten, mit Mützen und Kossuth-Kokarden eingefunden, die Eljen-Rufe auf Ungarn und die Honved ausbrachten. Im Theater bemerkte man zahlreiche Abgeordnete der Unabhängig-